

Rebellion für Geld und Macht

Gastronomen streiken und fordern monatlich 500 Millionen. Kantone machen Druck auf Bern und wollen weiterhin selber bestimmen.

Pascal Ritter, Lucien Fluri und Doris Kleck

BERN. Jetzt platzt den Beizern der Kragen. Neue Auflagen für das Gastgewerbe und die bundesrätlichen Pläne, Restaurants ab 19 Uhr und am Sonntag zu schliessen, sorgen für Unmut.

In der Stadt Bern ruft ein Kollektiv aus Restaurantbetreibern und Gasterpersonal zum Streik auf. Am Samstag wollen sie um 15 Uhr den Bahnhofplatz mit Tischen und Stühlen in Beschlag nehmen. Ihre Betriebe bleiben zu. «Wir haben jetzt zehn Monate Pandemie hinter uns. Wer Reserven hatte, hat diese aufgebraucht», sagt Diego Dahinden vom Gastrokollektiv Bern. Es gehe nun um Existenzen.

Die Berner Beizer haben sich schon zum Streik entschieden, als es noch darum ging, dass der Kanton die Sperrstunde von 23 auf 21 Uhr verschob. Der Beschluss des Bundesrates gibt ihnen nun noch mehr Grund zum Protest- und mehr Rückhalt. Im Minutentakt würden sich Betriebe dem Streikaufruf anschliessen, sagt Dahinden.

Das Kollektiv Gastrostreik ist nicht per se gegen die Coronamassnahmen, sondern gegen die fehlende finanzielle Abfederung. «Wenn der Betrieb derart eingeschränkt wird, müssen wir entschädigt werden.» Dem Gastrokollektiv schwebt ein Modell wie in der Kultur vor, wo bis zu 80 Prozent der coronabedingten Ausfälle kompensiert werden. Zudem erneuern sie die Forderung nach einer Reduktion der Geschäftsmieten und wollen, dass die Kurzarbeitsentschädigung bei Löhnen unter 4000 Franken auf 100 Prozent aufgestockt wird. Dem Servier-

personal fehle ohnehin schon das Trinkgeld, das einen guten Teil des Lohnes ausmache. Wenn es keine Unterstützung gebe, würden viele Gastroangestellte in der Sozialhilfe oder in der Armut landen, warnt die Gewerkschaft Unia.

«Keine Drohung, eine Feststellung»

Glaubt man dem Präsidenten von Gastro Suisse, könnte der Berner Protest nur der Anfang sein. In einem E-Mail an verschiedene Bundesräte schrieb Casimir Platzter: «Bis jetzt konnten wir unsere Mitglieder bezüglich nationaler Protestaktionen noch abhalten. Sollten die geplanten Einschränkungen aber in Kraft treten, können wir dies nicht mehr garantieren.» Platzter sagt, dies sei keine Drohung, sondern eine simple Feststellung. Er wisse noch von Protestplänen in anderen Kantonen. Er sagt, eine Schliessung ab 19 Uhr komme einem Lockdown gleich. «Den Betrieben fehlt am Mittag wegen des Homeoffice der Umsatz und mit der 19-Uhr-Schliessung fällt auch das Abendgeschäft weg», sagt Platzter. Er hofft, dass die Kantone die Landesregierung noch umstimmen können. Falls nicht, brauche es für das Gastgewerbe sofort A-fonds-perdu-Beiträge. Kleine Beiträge reichten dabei nicht aus. «Es braucht dann erhebliche Summen», sagt Platzter.

Auf Nachfrage rechnet er vor, dass die Gastronomie im Jahr 24 Milliarden umsetze. Durch die Kurzarbeit sei nun schon ein Teil entschädigt. Doch die Gastronomen blieben auf Fixkosten wie Mieten, Versicherungen und Energiekosten sitzen. Diese machten etwa 25 bis 30 Prozent des

Umsatzes aus. Die Entschädigungen des Bundes müssten diese Fixkosten decken, fordert er. Dies wären dann 500 bis 600 Millionen Franken pro Monat.

Westschweiz: Doppelte Strafe

Zu Hilfe eilen könnten den Gastrobetrieben die Kantone, zumindest in einigen Punkten. Der Aargau oder Bern halten laut ihren Stellungnahmen ebenso wenig von Schliessungen am Sonntag wie die Westschweizer Kantone. Gerade in der Romandie ist der Widerstand gegen die Pläne des Bundesrates und die abendliche Schliessung von Restaurants gross. Denn die westlichen Kantone hatten schon vor Wochen Massnahmen ergriffen und Restaurants geschlossen. In diesen Tagen hätten diese wieder öffnen sollen. «Für uns sind die Vorschläge des Bundesrats deshalb eine doppelte Strafe», sagt der Walliser Staatsrat Christophe Darbellay (CVP). In einer gemeinsamen Stellungnahme protestieren die Westschweizer Kantone: Es sei nicht fair, dass der Bundesrat nun denjenigen Kantonen restriktive Massnahmen auferlege, die ihre Verantwortung in den vergangenen Wochen wahrgenommen hätten. «Wir haben viel gemacht», sagt die Walliser Ständerätin Marianne Maret (CVP). «Das Eingreifen des Bundesrates ist im Moment nicht nötig.» Und ihr Waadtländer Nationalratskollege Frédéric Borloz (FDP) doppelt nach: «Der Bundesrat macht die schwierige Arbeit der Westschweizer Kantone einfach kaputt.»

Dabei geht es, für das Wallis, auch um den Skitourismus zwischen Weihnachten

«Der Bundesrat macht die schwierige Arbeit der Westschweizer Kantone einfach kaputt.»

Frédéric Borloz
Nationalrat FDP



Gastronomen wollen, wie hier geschehen in Genf, auf die Strasse gehen und für Entschädigungen kämpfen. BILD KEY

und Neujahr. Gerade um für diesen gerüstet zu sein, waren die einschneidenden Massnahmen in den vergangenen Wochen ergriffen worden. Unannehmbar ist für Christophe Darbellay, dass die Läden am Sonntag geschlossen bleiben. «Es ist inakzeptabel, dass man nicht einmal ein Brot kaufen, geschweige denn Ski mieten kann. Für Tourismusorte funktioniert diese Sonntagsregel nicht.» Weiter verlangt er, dass Restaurants auch am Abend geöffnet haben können. «In den Skigebieten geht kein Mensch über Mittag ins Dorf ins Restaurant. Viele Betriebe würden deshalb gar nicht mehr öffnen.» Sollte der Bundesrat seine Pläne trotzdem umsetzen, fordern Darbellay und seine Kollegen aus den Westschweizer Exekutiven finanzielle Hilfen für die Betroffenen. «Wenn der Bundesrat diese Massnahmen wirklich ergreifen wird, dann muss er die Betriebe zu hundert Prozent entschädigen. Er kann nicht Massnahmen ergreifen, ohne die wirtschaftlichen Kosten zu tragen.»

Auch der Verband Hotellerie Suisse fordert ein Notprogramm für den Tourismus. «Die Tourismusbranche trägt als kontaktintensive Branche die wirtschaftliche Hauptlast der Bekämpfung der Coronapandemie», sagt Hotellerie Suisse-Präsident Andreas Züllig. Sie sei unverschuldet in diese Krise gekommen und werde nun aufgrund der diskutierten und bereits beschlossenen Massnahmen in ihrer Existenz bedroht. Die fixen Betriebskosten sollen erstattet werden, sobald eine Verlustschwelle von 40 Prozent überschritten wird.

Der Bundesrat hat zwar angekündigt, dass er bis am 18. Dezember ein Hilfsprogramm prüfen möchte. Für die Bundesparlamentarier geht dies jedoch zu wenig rasch. Die SP fordert, dass der Bundesrat noch diesen Freitag Hilfsmassnahmen vorstellt – wenn die schärferen Massnahmen kommen. «Die Menschen brauchen noch vor Weihnachten wirtschaftliche Sicherheit», sagt Fraktionschef Roger Nordmann. Und auch die FDP will, dass der Bundesrat gleichzeitig mit allfälligen Massnahmen Unterstützung präsentiert – und nicht erst

später. Grundsätzlich aber sieht das Konzept der FDP anders aus: Am wenigsten wirtschaftlichen Schaden entsteht für Nationalrätin Regine Sauter dann, wenn die Kantone, die die Lage im Griff haben, auch weiterhin selbst entscheiden können – und Betriebe dort offen bleiben. Der Bundesrat müsse aber klare Kriterien definieren, die die Kantone zu erfüllen hätten, und welche Massnahmen bei Nichterfüllen greifen sollen, so Sauter.

Schlechter Stil wird vorgeworfen

Sollen weiterhin die Kantone in der Pflicht sein oder der Bund? Diese Frage wird im Bundeshaus – und in den Kantonen heiss diskutiert. Zwar begrüssen es mehrere Kantone, dass der Bundesrat das Heft wieder in die Hand nehmen will. Die Art und Weise, wie er dies getan hat, stösst aber sauer auf. Denn noch am Wochenende hatte Alain Berset die Kantone aufgefordert, zu handeln. Und just in dem Moment, in dem sie dies taten, preschte der Bundesrat an ihnen vorbei. «Ich verstehe nicht, weshalb er so dreinfährt», sagt der Thurgauer Gesundheitsdirektor Urs Martin. Das Vorgehen sei «unlogisch und widersprüchlich». «Dieses Hüst und Hott wird von der Bevölkerung nicht verstanden.» Martin wählt deutliche Worte: «Entweder ruft der Bundesrat die ausserordentliche Lage aus und führt durch die Krise. Oder er lässt die Kantone arbeiten. Was sicher nicht geht: Dass der Bundesrat die Kantone vor sich herreibt.»

Einen geharnischten Brief erhält die Landesregierung auch aus dem Baseltbiet. Als «äusserst befremdend» bezeichnet der dortige Regierungsrat das Vorgehen des Bundesrates. Die föderalistische Zusammenarbeit werde dadurch «im höchsten Mass gefährdet». «Die Kursänderung des Bundesrates ist auch wenig hilfreich, um dringend nötige weitere Massnahmen wirksam umzusetzen. Denn in der Bevölkerung verursacht die angekündigte Übersteuerung der Kantone durch den Bundesrat ein grosses Mass an Verärgerung und Unsicherheit.» Dies sei «dem konsequent Einhalten von Massnahmen abträglich.»

«Die Menschen brauchen noch vor Weihnachten wirtschaftliche Sicherheit.»

Roger Nordmann
Nationalrat SP

Wie griffig wird die Corona-Ampel?

Der Bundesrat will Coronamassnahmen an Schwellenwerte knüpfen. Das stösst vielerorts auf Zustimmung. Doch der Teufel liegt im Detail. Im Oktober schreiben Bund und Kantone noch, man verzichte auf solche «Schwellenwerte für Massnahmen».

Dominic Wirth



«Die Menschen sind sehr verunsichert, weil ein Riesenchaos herrscht.»

Mattea Meyer
Co-Präsidentin SP

BERN. An diesem Freitag die unmittelbare Zukunft. Und eine Woche später dann die langfristige. Etwa so sieht der bundesrätliche Coronafahrplan aus, und gerade am Freitag in einer Woche wird es spannend. Denn dann will der Bundesrat festlegen, welche Spielregeln sich das Land in den nächsten Wochen gibt. Laut Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga diskutiert die Regierung dann über ein Instrument, das sie bislang partout nicht anfassen wollte: eine Art nationale Corona-Ampel.

Bundespräsidentin Sommaruga sagte am Dienstagabend, man wolle in den kommenden Wochen «etwas in der Hand haben», um schnell eingreifen zu können, wenn die Situation ausser Kontrolle gerate, kantonal, regional, national. «Eine Eskalationsmöglichkeit» nannte Sommaruga das, basierend auf Schwellenwerten, die man mit den Kantonen noch festlegen müsse. Und deren Überschreiten dann weitere, durch den Bundesrat verordnete Massnahmen zur Folge hätte. Somma-

ruga nannte etwa die Schliessung von Restaurants oder Läden. Als mögliche Indikatoren erwähnte Gesundheitsminister Alain Berset den Reproduktionswert und die Auslastung der Intensivbetten.

Ampel wird zu reden geben

Die wissenschaftliche Taskforce des Bundesrats macht sich schon länger für ein solches Ampelsystem stark, stiess bislang aber auf taube Ohren. Der Taskforce-Chef Matthias Ackermann wollte sich gestern nicht vertieft dazu äussern, wie die Ampel ausgestaltet werden können. Es handle sich dabei um eine politische Frage, sagte Ackermann.

Konkreter wurde sein Taskforce-Kollege Christian Althaus auf Twitter. Ein Ampelsystem sei «begrüssenswert», schrieb er – und schlug als Kriterien für schärfere Massnahmen eine 14-Tage-Inzidenz von über 60 pro 100 000 Einwohner und eine Testpositivität von mehr als fünf Prozent vor.

Schon jetzt steht ganz klar fest: Die Corona-Ampel wird noch zu reden geben. Das gilt für die Indikatoren. Und

vor allem für die Frage, ob es einen Automatismus braucht, ob also das Überschreiten gewisser Grenzwerte automatisch Massnahmen auslöst. In ihrer gemeinsamen Strategie zur Covid-19-Bewältigung von Ende Oktober schreiben Bund und Kantone, man verzichte bewusst auf solche «strikten Schwellenwerte für Massnahmen». Man kann Simonetta Sommaruga äusserungen so verstehen, dass der Bund nun einen brisanten Paradigmenwechsel anstrebt.

Noch keine konkreten Vorschläge

Die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren will auf Anfrage keine Stellung nehmen, weil noch keine konkreten Vorschläge vonseiten des Bundes auf dem Tisch liegen. Rudolf Hauri hat in Zug schon länger eine Corona-Ampel eingeführt. Allerdings hält der oberste Kantonsarzt nichts von einem starren Automatismus. «Damit nimmt man sich nur die Flexibilität, zielgerichtet zu handeln», sagt er. Denkbar ist für Hauri ein breit abgestützter Indikator. «Wenn dieser eine gewisse Schwelle überschreitet, könnte man sa-

gen, dass nun Massnahmen getroffen werden müssen, um die Zahl der Kontakte zu reduzieren. Diese sollten aber nicht starr vordefiniert sein», so Rudolf Hauri.

Aus dem Parlament erklingt der Ruf nach einer Corona-Ampel bereits länger, die FDP forderte sie schon im Frühling, die SP seit Kurzem. Deren Co-Präsidentin, Mattea Meyer, erhofft sich automatisch ausgelöste Massnahmen und verspricht sich von einem Frühwarnsystem mehr Klarheit und Koordination. Das, sagt Meyer, brauche das Land gerade: «Die Menschen sind sehr verunsichert, weil ein Riesenchaos herrscht.»

FDP-Vizepräsident Andrea Caroni begrüsst, dass der Bund sich im Umgang mit Corona «endlich vorausschauend Gedanken macht». Der Aussenrhoter Ständerat will keine Automatismen, sondern eine Bandbreite vordefinierter Massnahmen für Bereiche wie Gastronomie, Kultur oder Sport. Inhaltlich sei dabei entscheidend, dass die Massnahmen verhältnismässig sind. Das bezweifle er nach den jüngsten Verlautbarungen des Bundes.

«Mit der 19-Uhr-Regel steigt die Ansteckungsgefahr»

Der Bundesrat will schweizweit die Läden und Restaurants um 19 Uhr schliessen. Der st.-gallische FDP-Nationalrat Marcel Dobler, Gründer von Digitec und Besitzer von Franz Carl Weber, warnt vor den Folgen.

Stefan Ehrbar

Der Bundesrat will die Läden und Restaurants um 19 Uhr schliessen. Halten Sie das für eine gute Idee?

Marcel Dobler: Ich bin gegen eine Schliessung von Restaurants um 19 Uhr. Niemand geht um 17 Uhr essen.

Und bei den Läden?

Dobler: Die Öffnungszeiten zu verkürzen, ist nur kontraproduktiv. Wenn sie weniger lang offen sein dürfen, verzichten zwar einige wenige auf den Einkauf. Viel gravierender ist: Der allergrösste Teil der Käufe fällt nicht weg, sondern wird einfach in einem kürzeren Zeitraum abgewickelt. Es kommt zu einer Konzentration. Es wird enger: In den Läden sind mehr Leute, die zudem zur An- und Rückreise den ÖV benutzen oder zu Fuss in den Strassen unterwegs sind. So steigt die Ansteckungsgefahr. Um diese zu senken, müssten die Öffnungszeiten erweitert werden.

Sie wehren sich auch aus ökonomischen Gründen gegen die Regel.

Dobler: Die finanzielle Situation und die grossen Unterschiede bei den Infektionszahlen der Kantone kommen noch hinzu. Die Läden müssen jetzt schon stark kämpfen. Ich kann diese Massnahmen nicht unterstützen. Ich werde mich gegen die Regel einsetzen. Der Vorschlag des Bundesrats geht zu weit.

Die Sonntagsverkäufe sind für viele eher Event als Notwendigkeit.

Dobler: Alain Berset will alle Freizeitaktivitäten verbieten. Bei den Sonntagsverkäufen wissen wir nicht, wie hoch der Anteil der Kunden ist, die diese als Event sehen und wie viel Umsatz sich ohne sie in die Woche hinein verlagert und für eine zusätzliche Konzentration sorgt. Es ist kein evidenzbasierter Entscheid.

In vielen Kantonen schliessen die Läden eh schon um 19 Uhr. Wieso ist das für andere ein Problem?

Dobler: Es zeigt, dass die Situation nicht in allen Kantonen dieselbe ist. Es braucht regional abgestimmte Lösungen. Darüber sollten die Kantone entscheiden.

Menschen treffen sich abends in Gruppen vor den geöffneten Läden.

Dobler: Das ist sehr spezifisch ein Problem der Lebensmittelbranche. Es trifft einen Spielwarenhändler oder ein Bekleidungsgeschäft nicht. Wenn dieses Problem besteht, müssten Regeln definiert werden. Wie gross es effektiv ist, weiss ich nicht. Aber: Wohin zieht es diese Leute, wenn die Läden geschlossen sind? Sie gehen nicht einfach nach Hause. Das Problem verlagert sich nur.

Sie besitzen den Spielwarenhändler Franz Carl Weber. Wie viele Leute kaufen noch nach 19 Uhr ein?

Dobler: Diese Stunde ist wichtig für uns, aber wichtiger sind die Sonntagsverkäufe. In den letzten zwei Monaten machen wir 40 Prozent des Umsatzes. Der Verlust der Sonntagsverkäufe wäre gravierend. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir etwa in Genf mit verheerenden finanziellen Auswirkungen einen Monat schliessen mussten. Nun hat die Westschweiz tiefere Fallzahlen. Es macht keinen Sinn, die ganze Schweiz zu bestrafen und in der Westschweiz Sonntagsverkäufe zu verbieten.



Der St. Galler FDP-Nationalrat Marcel Dobler kritisiert den Bundesrat. BILD KEY